

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Tatsachen zur Lage ; Rückschläge ; Von Kuba zum Kongo ; Entscheidende Monate ; Und der Kommunismus? ; Bauwirtschaft in der DDR ; Vom Leben des Volkes ; Sozialistischer Geist ; Diktatur und Demokratie

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tatsachen zur Lage

Wenn man jetzt die Zeitungen liest und das Radio hört, bekommt man unwillkürlich den Eindruck, daß sich die Weltlage in den letzten Wochen ganz bedenklich verschlechtert habe. Und in der Tat reden seit dem Zusammenbruch der Pariser Gipfelkonferenz die Staatsmänner und Regierungen des West- wie des Ostlagers miteinander noch mehr als bisher in einem Ton, wie er früher nur am Vorabend eines Krieges möglich gewesen wäre. Besonders die Äußerungen und Kundgebungen der Sowjetführer haben eine Schärfe angenommen, die weit herum Beunruhigung hervorgerufen hat, aber auch die Wortführer der Westmächte bedienen sich gegenüber den Russen einer Sprache — «verbrecherische Piraterie», «Banditenpolitik», «Kriegshetze» usw. —, deren Hemmungslosigkeit peinlich auffallen muß. Auf der andern Seite haben jedoch die bewußt oder unbewußt zum Krieg drängenden Kräfte gerade in den vergangenen Wochen derartige Rückschläge erlitten und sind die Notwendigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens der Völker neuerdings derart offenbar geworden, daß wir uns entschlossener als je weigern müssen, eine kriegerische Menschheitskatastrophe als unausweichbares Verhängnis mutlos und schicksalsergeben hinzunehmen. Das Wettrüsten, vor allem dasjenige mit Atomwaffen, droht sicherlich zum kollektiven Selbstmord der Völker zu führen; aber eben darum ist die radikale Abrüstung die überragende Notwendigkeit der Zeit geworden. Und ähnlich unabweisbar ist die Notwendigkeit, die unterentwickelten zwei Drittel der Erdbevölkerung ihrem untermenschlichen Armutsdasein durch gemeinsame Anstrengung aller wohlhabenden Nationen zu entreißen, soll nicht der Aufstiegs- und Freiheitskampf der hungernden Proletariervölker zu einer tödlichen Gefahr für die gutgenährten Herrenrassen werden. Die Mittel dazu sind leicht durch die militärische Abrüstung zu beschaffen, die auch von hier aus gesehen eine Lebensnotwendigkeit ist.

Unser Kampf gilt darum denjenigen Mächten, die sich verblendet und verhärtet gegen diese Notwendigkeiten sträuben. Im Vordergrund steht dabei nicht, wie die vorherrschende Meinung im Westen will, die Abwehr des Kommunismus, sondern umgekehrt die Überwindung des gewalttätigen *Antikommunismus*, der grundsätzlich keine friedliche Koexistenz und Konkurrenz von entgegengesetzten Wirtschafts- und Staatsformen für möglich oder auch nur wünschbar hält. Denn solche Koexistenz hieße ja Anerkennung des heutigen Bestandes an kommunistisch regierten Ländern und der Möglichkeit weiterer, wenn auch friedlicher Ausdehnung dieses Bestandes auf die gärende Welt Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Und das *will* man eben in den herrschen-

den Schichten der «freien» Welt um gar keinen Preis. «Lieber tot als rot», ist hier die Lösung.

Mittel- und Sammelpunkt der weltweiten Kräfte, die auf diesem Boden stehen, sind, wie man weiß, die *Vereinigten Staaten von Amerika*. Ihre heutige Machtstellung gleicht, wie Scott Nearing in der «Monthly Review» (Juniheft) richtig darlegt, der Stellung, die Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts einnahm. Mit dem Unterschied freilich, daß sich der kapitalistische Imperialismus und Kolonialismus damals seinem Höhepunkt näherte, während er heute seinem unabwendbaren Zusammenbruch entgegengeht. Die ehedem niedergehaltene und ausgebeutete Welt der ganz- und halbkolonialen Völker ist in einem nicht mehr aufzuhaltenen Freiheitskampf begriffen, und gleichzeitig baut sich eine sozialistisch und kommunistisch ausgerichtete Welt von Ländern auf, die den Ehrgeiz haben, die alte, kapitalistische Welt auf allen Lebensgebieten zu überflügeln. Amerika stand damit — so sagt Nearing — vor drei ganz verschiedenen Möglichkeiten: Isolierung und Verschanzung gegenüber den neuen Kräften und Bewegungen; Übernahme der Führerschaft in der technischen und gesellschaftlichen Revolution unserer Zeit; und planmäßiger Kampf gegen diese Revolution. «Die Politikmacher der Vereinigten Staaten, mit Präsident Truman als Wortführer, entschieden sich für Restauration, Reaktion und Gegenrevolution, entfesselten 1946 den Kalten Krieg und verkündeten 1947 die Trumandoktrin und legten den Grund für die Außenpolitik, die Washington in den folgenden 15 Jahren befolgt hat.» Ohne Zerschlagung von Sozialismus und Kommunismus gibt es keinen Fortbestand der hergebrachten westlich-amerikanischen Lebensformen — das ist das Grunddogma nicht nur der Politik der Vereinigten Staaten, sondern derjenigen der sogenannten freien Welt überhaupt.

Auf der anderen Seite gibt es auch einen *dogmatischen Kommunismus*, der nicht daran glaubt, daß Frieden, Demokratie, Wohlstand für alle und Aufstieg der unterentwickelten Rassen und Klassen dauernd möglich seien ohne einen letzten großen Entscheidungskampf mit den Mächten des aggressiven Kapitalismus und Imperialismus. So treffen sich beide Strömungen in dem einen gemeinsamen Punkt: dem Glauben an die entscheidende Rolle der militärischen Gewalt, der sich die einen bedienen wollen, um die soziale Revolution unseres Jahrhunderts zu ersticken, die anderen — ein nicht unbedeutlicher Teil der gesamtkommunistischen Welt —, um diese Revolution zum endgültigen Sieg zu führen.

Rückschläge Das Kennzeichen der Lage ist nun, daß die sozialistische und kommunistische Weltbewegung im Verein mit dem Nationalismus der «zurückgebliebenen» Rassen und mit dem wachsenden Widerstand der Völker gegen den Rüstungssirrsinn das westlich-amerikanische Machtssystem immer unheilbarer erschüt-

tert — wirtschaftlich und gesellschaftlich, wie politisch und militärisch. Über die rasch zunehmende *wirtschaftliche* Erstarkung der Länder des Ostblocks, vor allem der Sowjetunion und Chinas, habe ich an dieser Stelle wiederholt ausführlich gesprochen, so daß es für heute genügt, an Chruschtschews Voraussage zu erinnern: «Im Lauf der kommenden 12 bis 15 Jahre werden wir die Vereinigten Staaten überholen, sowohl was die Gesamtproduktion als diejenige pro Kopf der Bevölkerung betrifft.» Schon jetzt ist die sowjetische Industrieproduktion halb so groß wie die der Vereinigten Staaten. Und während die amerikanische Produktion alljährlich nur um etwa vier Prozent zunimmt und die europäische im Durchschnitt höchstens um 5 Prozent, wächst die russische um 9 bis 12 Prozent jedes Jahr — ein Tempo, das zweifellos anhalten wird, sofern kein Krieg es unterbricht.

Machtmäßig gesehen, ist die Bedrohung der *militärischen* Vorherrschaft Amerikas noch viel ernster. Das Bündnis- und Stützpunktsystem, das die Vereinigten Staaten rund um den Erdball herum errichtet haben, um den Kommunismus — und das heißt in diesem Fall einfach die soziale Revolution — einzudämmen oder gar zurückzurollen und zu zerschlagen, lastet schwer auf den damit «geschützten» Völkern, deren Vorteil sogar in den Augen der Regierenden immer weniger mit demjenigen Amerikas zusammenfällt. Lassen wir dazu einem unverdächtigen Zeugen das Wort, der Neuyorker Massenzeitschrift «U. S. News & World Report» vom 4. Juli d. J. «Um die ganze Welt herum», so beginnt einer ihrer Artikel, «sind die Militärstützpunkte, auf welche die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten für ihre Verteidigung gegen Sowjetrußland und Rotchina angewiesen sind, in Gefahr.» Und dann zählt der Verfasser die einzelnen Gefahrenzonen nüchtern auf. Island, so stellt er fest, entgleitet den USA immer mehr. Unter örtlichem Druck räumte eben jetzt eine amerikanische Kampftruppe den Platz; die Zukunft des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes ist unsicher. Norwegen hat zwar keine amerikanischen Stützpunkte, wird aber von der Sowjetunion wegen der Benützung seiner eigenen Flugplätze durch USA-Spionageflugzeuge bedroht. Die amerikanischen Stützpunkte in England sind mehr und mehr Gegenstand von politischen Angriffen aus den Reihen der Labourpartei, da sie keinen Abschreckungswert gegenüber den Russen hätten und Großbritannien nur der Zerstörung im Fall eines amerikanisch-sowjetischen Krieges aussetzten. Frankreich hat alle amerikanischen Bomberstützpunkte bereits des Landes verwiesen. Die Stützpunkte in Spanien beherbergen nicht einmal je ein halbes Dutzend Flugzeuge. In Marokko müssen die mit teurem Geld erbauten Stützpunkte bis 1963 geräumt sein. Die aus Frankreich und Marokko, wie unlängst auch aus Libyen, zurückgezogenen amerikanischen Bomber sind großen Teils nach Westdeutschland verlegt worden, wo sie für die sowjetische Luftwaffe leicht erreichbar sind. Der Sturz der Regierung Menderes durch die türkischen Militärführer lässt auch die Zukunft des großen USA-Stütz-

punktes Adana als ungewiß erscheinen. «Seit die Engländer aus Suez vertrieben sind, ist dies der einzige bedeutende Stützpunkt, den westliche Streitkräfte in aller Eile benützen können, wenn es in dem unbeständigen Mittelosten zu Unruhen käme.» Pakistan ist, wie Norwegen, von Moskau gewarnt worden, weiterhin seine Flugplätze für amerikanische Militärsionage zur Verfügung zu stellen.

Den schwersten Rückschlag hat die amerikanische Stützpunkt- und Bündnispolitik in der letzten Zeit natürlich in Japan erlitten, das Präsident Eisenhower auf seiner Ostasienreise nicht einmal mehr betreten durfte. Sollten die Vereinigten Staaten brauchbare Stützpunkte in Japan verlieren, so wäre das nach dem genannten Blatt geradezu eine Katastrophe, besonders auch im Hinblick auf die in Ostasien stationierte große Siebente Flotte. Ohne daß die Vereinigten Staaten die japanischen Schiffswerften benützen könnten, wäre es «schwierig, wenn nicht unmöglich, wieder einen Landkrieg in Korea zu führen oder auch nur die beiden jetzt dort stehenden schwachen US-Divisionen zu schützen. Und andere Stützpunkte im Fernen Osten sind höchst verwundbar. Luftstützpunkte in Korea sind Blitzangriffen von den nur ein paar Minuten entfernten kommunistischen Flugplätzen her ausgesetzt. Okinawa ist ohnehin mit amerikanischen Einrichtungen überfüllt. Die Anlagen auf den Philippinen sind unterentwickelt. Keiner dieser Stützpunkte hat Reparatureinrichtungen, wie sie in Japan verfügbar sind. Wenn Japan verlorengeht, so meinte eine amerikanische Autorität, käme das ganze Verteidigungsgebäude im Westpazifik ins Wanken.»

In Amerika zweifelt man denn auch mehr und mehr an der Haltbarkeit des Systems fester Militärstützpunkte, die allzusehr verletzlich sind. «Der Pentagon (der Zentralsitz des Militärapparates, H. K.) ist realistisch, wenn er seine Strategie auf bewegliche Stützpunkte gründet, besonders auf die mit Polaris-Raketen ausgestatteten atomaren Unterseeboote», schreibt Claude Julien im Pariser «Observateur» (23. Juni). «Der Pentagon ist aber nicht realistisch, wenn er aus Furcht vor örtlichen Konflikten seine Bodenstützpunkte behalten will. Und das Staatsdepartement hat ebenfalls unrecht, wenn es sich an diese überholte Auffassung klammert. Denn wenn diese Stützpunkte militärisch gesehen nicht ganz ohne Interesse sind, so ist der politische Preis, den Washington dafür bezahlen muß, fraglos viel zu hoch. Amerika geht neuen Unzuträglichkeiten entgegen, solange es diese offenkundige Wirklichkeit nicht anerkennt.»

Von Kuba zum Kongo Das ist sehr mild ausgedrückt. Die Vereinigten Staaten gehen nicht nur allerlei Unzuträglichkeiten entgegen, wenn sie ihren bisherigen außenpolitischen Weg fortsetzen; sie riskieren einen regelrechten Zusammenbruch ihrer Machtstellung, wenn sie nicht rasch und vollständig umkehren und dem ganzen Imperialismus und Kolonialismus, dem sie sich ver-

schrieben haben, gründlich absagen. Wie wenig sie freilich dazu geneigt sind, sieht man neuerdings am Fall *Kuba*. Wie hier schon früher gezeigt wurde, hat die nordamerikanische Union das von der spanischen Herrschaft befreite Kuba — befreit durch einen ebenso unnötigen wie von ihr zynisch inszenierten Krieg — von Anfang an als eigene Kolonie behandelt. Seine Wirtschaft wurde mehr und mehr durch amerikanisches Kapital beherrscht. Bis vor kurzem nahmen die Vereinigten Staaten 58 Prozent der kubanischen Ausfuhr auf und lieferten 71 Prozent der kubanischen Einfuhrwaren. Ein amerikanischer Flottenstützpunkt in der Guantanamobucht sorgte für Wohlverhalten der Regierung in Havana, deren Mitglieder schließlich nur mehr Puppen in den Händen der Drahtzieher von Wallstreet und Umgebung waren. Mit dem Sturz der korrupten Diktatur Batista begann aber auch die wirtschaftliche Befreiung Kubas. Bis heute soll schon mehr als die Hälfte des USA-Besitzes in Kuba in die Verfügungsgewalt des neuen, revolutionären Regimes übergegangen sein, und der Rest dürfte bald folgen. Begreiflich, daß die Kapitalistenklasse der USA dieser Enteignung nicht tatenlos zusehen will. Aber was will sie machen? Mit wirtschaftlichem Druck — wie der Sperrung der Zuckereinfuhr aus Kuba — ist offenbar nicht viel auszurichten; Kuba bekommt jetzt mehr und mehr Handelsverbindung mit den Ostländern. Innerer Umsturz oder militärischer Angriff eines von Nordamerika angestifteten guten Nachbarn, wie im Fall Guatemala, lohnt sich auch nicht; die Revolution ist viel zu volkstümlich, besonders unter der Bauernbevölkerung, die endlich — meist in Genossenschaftsform — eigenes Land bekommt. Also bliebe nur ein offenes kriegerisches Eingreifen der Vereinigten Staaten übrig — aber das droht nicht nur unabsehbare widrige Folgen in ganz Lateinamerika nach sich zu ziehen, sondern auch Verwicklungen mit der Sowjetunion, die sich bereits zur Schutzmacht Kubas aufgeworfen hat. Man kann gespannt sein, welchen Weg die USA schließlich wählen werden. Vorerst befaßt sich die von den Vereinigten Staaten beherrschte Organisation aller Staaten des amerikanischen Kontinents mit der kubanischen Frage, und nachher kommt sie vor den Sicherheitsrat. Aber auch wenn die Union nur die Faust im Sack machen und still sitzen bleiben sollte, wird die Auflehnung der mittel- und südamerikanischen Völker gegen die USA-Herrschaft weitergehen und das kubanische Beispiel erst recht Schule machen.

Die Uhr des Kolonialismus läuft eben rasend schnell ab, trotz dem Chaos im *Kongo*, mit dem die Zeitungen jetzt ihre Spalten füllen. Es wäre unrecht, wollte man annehmen, die Belgier hätten dem Kongo darum so überstürzt die staatliche Unabhängigkeit geschenkt, weil sie wußten, daß seine Bevölkerung noch nicht reif zur Selbstverwaltung war, und hofften, die neue Freiheit werde zu einer Auflösung aller Ordnung führen, was dann einen willkommenen Grund zur Rückkehr der belgischen Militärmacht abgäbe. Nein, sie ernten jetzt nur, was sie gesät haben — nicht nur mit den Kongo-Greueln unter der Regie-

rung König Leopolds II., sondern auch mit ihrer Politik jahrzehntelanger Unmündighaltung des Kongovolkes, wurde doch, wie sogar eine «Neue Zürcher Zeitung» (Nummer 2395) zugeben muß, bis vor zwei Jahren — und mit schätzenswerter Hilfe der katholischen Kirche — «jede Regung eines kongolesischen Nationalismus konsequent unterdrückt». Das Eingreifen belgischen Militärs zum Schutze der Zehntausende von Belgiern und anderen Weißen, die im Kongo verblieben waren, erscheint so moralisch durchaus vertretbar (wenn es im Bereich des Militärs überhaupt noch etwas Moralisches gibt . . .). Aber *den* Verdacht wird man nicht los, daß die Losreißung der mineralreichen Provinz Katanga vom Gesamtstaat, der ohne ihre finanziellen und industriellen Kräfte kaum lebensfähig wäre, wesentlich das Werk belgischer und anderer Kapitalmächte ist, der Hintermänner und Verbündeten der berühmten Union Minière du Haut-Katanga, der allmächtigen Kupferminengesellschaft, die eine Verstaatlichung der so riesig gewinnbringenden Bergwerksindustrie befürchtet.

Wie das kongolesische Drama weitergeht, ob die von den Vereinten Nationen aufgebotenen Truppen afrikanischer und anderer Länder die äußere Ordnung wirklich wiederherzustellen vermögen, ob der Katanga zur Kongorepublik zurückkehrt, ob sich aus dem Kongo gar ein neuer Konflikt der Westmächte mit der Sowjetunion entwickelt, an die sich die Regierung von Léopoldville bereits um Hilfe gewandt hat — all das muß man eben abwarten. Sicher ist nur, daß die stürmischen Ereignisse im Kongo dem Freiheitskampf der afrikanischen Völker neuen Auftrieb geben werden. Das französische Kolonialreich ist trotz seiner papierenen Umwandlung in die Communauté française in fortschreitender Auflösung begriffen — der Vorgang selber kann hier des Raumes halber nicht beschrieben werden — und auch weder durch List noch durch Gewalt, wie die Regierung de Gaulles es jetzt in Algerien versucht, für Frankreich zu retten. Auch im britischen Bereich werden alle Bemühungen um die Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft vergeblich bleiben. Und was Südafrika betrifft, so kann man, nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit dem Kongo, nur mit Schrecken daran denken, was da kommen kann, wenn die unmenschlich brutale Rassenpolitik der Apartheids-Fanatiker einmal zusammenbricht. «Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht!»

Entscheidende Monate So vollzieht sich nun eben unerbittlich das Gericht über die frevelhafte westliche Kolonialpolitik. Und mit ihr ist grundsätzlich auch der ganze kapitalistische Imperialismus mit seinen gegenrevolutionären Zielen und seiner selbstmörderischen Rüstungspolitik verurteilt. Es wäre wahrhaftig allmählich hohe Zeit, daß hier ein *radikaler Wandel* einträte, daß der Kalte Krieg eingestellt und die Lüge von dem immer drohenden Eroberungskrieg des kommunistischen Ostens fallen gelassen würde, daß

die Abrüstung in allem Ernst angepackt und mit ganzer Kraft dem Welthungerproblem zu Leibe gerückt würde, dessen Lösung heute vollkommen möglich geworden ist. Wahrscheinlich werden gerade die nächsten Monate — Herbst und Winter — entscheidende Gelegenheiten bringen, die überfällige Umkehr einzuleiten. Aber es sieht alles danach aus, daß die Maschinerie des Kalten Krieges derart festgelau-fen und mit so unendlich vielen Interessen jeglicher Art verquickt ist, daß sie nun einfach eigengesetzlich weiterstampft — bis sie unter einem übermächtigen inneren oder äußeren Druck auseinanderbricht und ihre Bediener und Nutznießer unter sich begräßt.

Jedenfalls denken die Führer der Westmächte überhaupt nicht daran, ihren Völkern einen neuen Weg zu weisen. Im Gegenteil. Der Kommunismus wird von ihnen und ihren Nachbetern mehr denn je als *die* furchtbare Weltgefahr gebrandmarkt. Wo irgend etwas für den Westen schiefegeht, sucht man dahinter die Kommunisten, in Japan und in der Türkei wie in Kuba und im Kongo. Die verantwortlichen Leiter der amerikanischen Außenpolitik versichern darum einmal übers andere, daß sich am bisherigen Kurs der USA in allem We-sentlichen nichts ändern dürfe, und auch der sich als kommender Mann fühlende Senator Kennedy, der Präsidentschaftskandidat der soge-nannten Demokraten (der im übrigen auch der Mann des Vatikans ist!), erklärt ausdrücklich sein Einverständnis mit der Politik Eisen-howers und Herters und spricht sogar von einem kommenden beru-higten Europa, «wo vielleicht die Anregungen de Gaulles und Aden-auers, die einen Rückzug der Sowjets hinter den Ural erfordern wür-den, annehmbar wären». Daß die Politik Adenauers nicht nur in West-deutschland selbst keinen wirksamen Widerstand findet und sogar die Sozialdemokratische Partei mehr und mehr für sich gewinnt, sondern auch innerhalb des Westblocks an Gewicht eher noch zunimmt, ist nur zu bekannt; nicht umsonst hat Adlai Stevenson, der manchmal etwas kritisch gestimmte amerikanische Politiker, Herrn Adenauer «den Außenminister der Vereinigten Staaten» genannt. Von de Gaulle und seinem Frankreich ist sowieso nichts Gutes zu erwarten, und wenn in Großbritannien sogar die Labourpartei nicht wagt, das Durchschnei-den der verhängnisvollen Bindung an Amerika zu verlangen, wie soll man da erst Macmillan und seinen Konservativen solch einen Schnitt zumuten? Nicht einmal auf die diplomatische Anerkennung Chinas durch die USA und seine Aufnahme in die UNO erkühnt sich die Londoner Regierung zu drängen — kein Wunder, daß sich Washington nach wie vor weigert, mit Peking in Fühlung zu treten, vielmehr immer noch hofft, die neue Ordnung in China werde über kurz oder lang ja doch zusammenbrechen.

Und erst recht kein Wunder ist es, daß die *militärische Aufrüstung* in allen Staaten des westlichen Lagers — natürlich auch den offiziell neutralen — planmäßig weitergeht, die Abrüstung aber schlechtere Zeiten hat als je. Dafür wird der radikale Abrüstungsplan der Sowjet-

union auch in seiner neuen, dem Westen etwas entgegenkommenden Form in der «freien Welt» wieder als bloßer Schachzug und Propagandatrück und mit allen nur denkbaren technisch-politischen Gründen abgelehnt und der Auszug der sowjetischen Delegierten aus der Genfer Abrüstungskonferenz als «brutal-hohnvolle» Zunichtemachung der ach so grundehrlichen Friedensbemühungen der Westmächte beklagt. In Wirklichkeit haben es die Russen einfach satt, sich von den westlichen Nichtabrustungstechnikern zum Narren halten zu lassen, haben sie doch seit dem 10. Mai 1955, dem Tag, da sie in Genf zur Bestürzung der Westvertreter allen wesentlichen Abrüstungsvorschlägen des Westens zustimmen zu können erklärten, die Erfahrung gemacht, daß die Westmächte immer neue Ausreden erfanden, um nur ja nicht im Ernst abrüsten zu müssen. Und das ist ja auch ganz natürlich. Salvador de Madariaga sagt es in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nummer 2331) offen heraus: der Westen hätte «niemals Verhandlungen über Abrüstung zustimmen sollen»; die Sowjetunion habe ja «die Hälfte von Europa gestohlen» und halte diese Hälfte «in einem Zustand der Unterdrückung, wie ihn Europa seit den schlimmsten Tagen der türkischen Herrschaft nie mehr erlebt hat», und solange sie ihre versklavten Völker nicht bedingungslos freigebe, seien alle Abrüstungsvorschläge für den Westen von vornherein sinnlos und unannehbar. Aus der Sprache Madariagas in einfaches Deutsch übersetzt, heißt das: «Solange es in Europa (und Asien) überhaupt kommunistisch regierte Staaten gibt, dürfen und werden die Westmächte nicht abrüsten. Zuerst muß der Kommunismus unschädlich gemacht sein — dann erst kann abgerüstet werden.»

Das ist zwar Wahnsinn, aber es hat doch Methode. Abrüstung im jetzigen Zeitpunkt verlangt tatsächlich von den Westmächten als Voraussetzung die Preisgabe ihrer ganzen, auf die Zerschlagung der sozialrevolutionären Weltbewegung gerichteten Außenpolitik. Das wollen sie aber um keinen Preis — darum muß eben durch eher verstärkte Aufrüstung ein solcher Druck auf die Oststaaten ausgeübt werden, daß die den Kapitalismus bedrohende nationale und soziale Freiheitsbewegung an ihnen keinerlei Halt mehr findet. Nur ist diese Politik eben heute einfach unmöglich geworden. Das ist auch die Meinung von Professor J. P. Morray, der in einem Vortrag an der Universität Berkeley (Kalifornien) am 23. November 1959 ohne Umschweife feststellte: «Es ist nicht mehr möglich, daß die Vereinigten Staaten das Wettrüsten gewinnen.» Die sogenannte Politik der Stärke sei formuliert worden, als die Vereinigten Staaten das Atombombenmonopol hatten, sei aber sinnlos geworden, seit die Sowjetunion in der Atomrüstung mit Amerika (mindestens) Schritt halten könne. «Diesen neuen und unangenehmen Tatsachen müssen wir ins Gesicht sehen.»

Professor Morray fordert darum den Verzicht auf den Rüstungswettlauf, macht es aber ganz klar, was das für die Vereinigten Staaten bedeute, nämlich: Anerkennung Chinas, dem dann Formosa angegli-

dert werde; Einigung Koreas und Vietnams unter kommunistischem Regime; ein sozialrevolutionäres Laos; Auflösung der SEATO (des von Amerika beherrschten Südostasiatischen Bundes); revolutionäre Bewegungen in Thailand und auf den Philippinen; Zerfall des Bagdadpaktes; Nationalisierung der Oelproduktion in Vorderasien; Gefährdung der amerikanischen Kapitalanlagen in der ganzen Welt; diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, die in einem geeinten Deutschland voll vertreten sein werde; Festigung der Volksrepubliken in Osteuropa, so daß niemand mehr von einer «Befreiung der Satelliten» reden könne in der Hoffnung, man schenke ihm Glauben. Man braucht nur diese Folgen einer Abrüstung ins Auge zu fassen, um auch sofort zu wissen, warum heute weder die Vereinigten Staaten noch ihre Verbündeten und Parteigänger ernsthaft an Entwaffnung denken. *Verhandlungen* über Abrüstung sind von ihrer Seite wirklich nur Spiegelfechterei.

Und der Kommunismus?

Wie steht *er* zur Abrüstung? Schon ein Blick auf die *Folgen* einer internationalen Abrüstung, wie sie Professor Morray aufzählt, führt zu dem Schluß, daß die kommunistischen Staaten wie der Weltkommunismus überhaupt das stärkste und ehrlichste Interesse an der militärischen Abrüstung haben, von der Notwendigkeit noch ganz abgesehen, die Rüstungslasten abzuwerfen, um den Sozialismus aufzubauen. Aber innerhalb der kommunistischen Welt gibt es — vor allem in China — sehr starke Strömungen, deren Vertreter den kapitalistischen Staaten keinen echten Willen zur Koexistenz mit dem Kommunismus und zur Abrüstung zutrauen und sich auf einen Gewaltschlag des Westblocks gegen das Ostlager gefaßt machen, der natürlich als Verteidigungs- oder doch Präventivkrieg ausgegeben würde. Eine Zeitlang waltete eine ziemlich gereizte Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking über diese Frage. Sie wurde vorläufig durch einen Kompromiß zwischen den beiden Richtungen beendet, der anlässlich eines Treffens kommunistischer Staatsführer in Bukarest Ende Juni vereinbart wurde und in der Hauptsache der von Chruschtschew geführten, die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit dem Kapitalismus befahenden Gruppe recht zu geben scheint. Der sowjetische Ministerpräsident bemüht sich aber dauernd, durch heftige, gewaltdrohende Reden und Gebärden den Eindruck zu zerstören, daß er die zum Krieg treibenden Kräfte in der westmächtlichen Politik überhaupt nicht sehe, so auch wieder bei der Behandlung des neuen amerikanisch-sowjetischen Flugzeugzwischenfalles, der viel weniger eindeutig ist als derjenige vom 1. Mai mit der U-2-Maschine; wenigstens können nach Lage der Dinge die Amerikaner überhaupt nicht beweisen, daß ihr «Wetterdienst-Flugzeug» nicht sowjetische Hoheitsgewässer überflogen habe, noch haben die Russen bisher einwandfreie Beweise dafür erbracht, daß dies doch der Fall sei.

Im übrigen verläßt sich aber Chruschtschew und seine Richtung auf den raschen Fortschritt der sowjetischen (und chinesischen) Wirtschaft, auf das werbende Beispiel dieses Fortschritts in der ganzen Welt, auf die antikapitalistische Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker und auf die Friedenssehnsucht, die in den neutralen wie auch weithin in den westmächtlichen Völkern lebendig ist — lauter Kräfte, die nach seiner Überzeugung eine Bändigung der Kriegsmächte mindestens möglich, wenn nicht wahrscheinlich machen. Und darin hat er auch vollkommen recht, ebenso wie man ihm unbedingt zustimmen muß, wenn er vor der Auffassung warnt, ein dritter Weltkrieg werde zwar ungeheure Menschenopfer fordern und unabsehbare Zerstörungen anrichten, aber doch nicht die Kulturmenschheit auslöschen, vielmehr vor allem dem Kapitalismus und Imperialismus den Todesstoß geben und nur den Sozialismus übrig lassen. Allein mit seiner hemmungslosen, gewalttätigen Sprache besorgt der sowjetische Ministerpräsident ja selbst die Geschäfte der westlichen Scharfmacher und jagt den Neutralen Angst vor dem Kommunismus ein. Noch mehr: der ganze Militärapparat der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, so sehr er auf bloße Verteidigung gerichtet ist, stellt wie jeder Militärapparat an und für sich eine ständige Kriegsgefahr dar und wirkt so der Koexistenz- und Abrüstungspolitik tatsächlich entgegen. Nicht daß wir den kommunistischen Staaten zumuten dürften, sich einfach militärisch «wehrlos» zu machen und sich in erster und letzter Linie auf die geistig-sittliche und darum auch «realpolitisch» wirksame Überlegenheit einer echten sozialistischen Lebensordnung zu verlassen; man kann ja nicht Trauben lesen von den Dornen noch Feigen von den Disteln. Aber ich bin mehr denn je überzeugt, daß alle Abrüstungsverhandlungen zwischen militärisch hochgerüsteten Staaten aussichtslos sind, daß nur noch die einseitige Abrüstungstat eines Staates dem Kalten Krieg ein Ende zu machen vermag und daß diese Tat mit einer unbezweifelbaren freiwilligen Verminderung der Kriegsbereitschaft beginnen muß. Wer wäre aber zu diesem Schritt mehr berufen als die Sowjetunion, deren «Ideologie» allem Kriegsgeist und Militärwesen viel stärker zuwiderläuft als die Ideologie der kapitalistischen Welt? Utopisches Begehr? Im Gegenteil; die scheinbare Utopie von heute wird sich auch hier als die Wirklichkeit von morgen erweisen!

Aber nun zum Abschluß dieser Rundschau noch einiges — mit dem soeben Gesagten übrigens in Zusammenhang stehendes — Wesentliche über die Lage in Ostdeutschland, von der ich schon im letzten Heft zu berichten begonnen habe.

Bauwirtschaft in der DDR Was mich bei meiner Reise kreuz und quer durch die Deutsche Demokratische Republik nicht am wenigsten beeindruckt hat, das ist die Fülle von Neubauten aller Art, privaten wie öffentlichen. Es ist ganz richtig: die Althäuser, mindestens die privaten, sind häufig in einem Zu-

stand der Verwitterung und Baufälligkeit, daß die meisten Besucher der DDR zunächst dadurch geradezu abgeschreckt werden. Aber wenn sie sich dann weiter umschauen, werden sie mehr und mehr auf eine Bautätigkeit stoßen, die angesichts des schweren Mangels an Baustoffen und Arbeitskräften — der Ursache des bedenklichen Aussehens so vieler Altwohnungen — doch erstaunlich ist. Besonders auch in Berlin sind aus der Kriegszerstörung wohlgeplante neue Außenquartiere, ja ganze Städte, mit Reihenwohnungen, Läden, Verwaltungsgebäuden, Grünanlagen usw. erstanden, und dazu kommen die zahllosen neuen gewerblichen und industriellen Anlagen, die hier geschaffen worden oder im Bau sind. Ähnlich sieht es in anderen Städten wie auch auf dem Lande aus.

In Berlin sind von 1949 bis 1959 rund 224 000 Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut worden; im letzten Jahr allein waren es 11 000 Neuwohnungen. Und nun ist ein großer Gesamtplan auch für den Ausbau des Zentrums der Hauptstadt in der Ausführung begriffen, der weiträumig gedacht ist und eine aufgelockerte Bebauung, breite Straßen und zahlreiche Grünflächen vorsieht. Die vielgenannte Stalinallee wird gleichfalls ausgebaut und verlängert, so daß eine geschlossene Großboulevard-Anlage entsteht, die sich wirklich neben jedem entsprechenden Straßenzug des Westens sehen lassen kann. Dabei wird sorgfältig auf ein richtiges Verhältnis zwischen Wohnen, Arbeit, Verkehr, Erholung und kulturellem Leben geachtet, so daß die Einwohnerdichte im ganzen Berliner Stadtgebiet 400 Menschen je Hektar nicht überschreitet. (Bei der alten kapitalistisch ausgerichteten Bebauung waren es 1200 Einwohner je Hektar.)

In der ganzen DDR werden seit 1960 alljährlich 100 000 neue Wohnungen erstellt, so daß bis 1965, dank der modernen industriellen — nicht handwerklichen — Bauweise etwa 750 000 mehr Wohnungen da sein werden als 1958. Und wenn man mit Recht die Mängel, Fehlplanungen und sonstigen Unzulänglichkeiten in der Bauwirtschaft der DDR kritisiert, so muß man noch viel mehr die fürchterliche Anarchie, Widersinnigkeit und Kostspieligkeit im Wohnbauwesen der Westländer kritisieren.

In welchem Ausmaß und Tempo die DDR baut, mag man beispielsweise in Rostock beobachten. Als Ostseehafen und bedeutendes Industriezentrum war die Stadt im Krieg zum größten Teil zerstört worden. Jetzt ist sie aus den Trümmern sozusagen neu erstanden, mit einer im hanseatischen Stil wiederaufgebauten Innenstadt, weiträumigen Außenquartieren und besonders einem Großhafen, der die modernsten Aus- und Einladeeinrichtungen in Europa bekommen soll und teilweise schon hat. Denn das erste Hafenbecken ist — im Zeitraum von kaum zweieinhalb Jahren — bereits fertig geworden und ermöglicht einen Jahresumschlag von 2,25 Millionen Tonnen; die Gesamtanlage wird 16 Millionen Tonnen jährlich bewältigen können. Welch

riesige Arbeit hier geleistet wurde und fernerhin geleistet wird, kann man wenigstens einigermaßen nur ermessen, wenn man die mächtige Baustelle selbst durchschreitet und sich von den Bauleuten erzählen lässt, wie alles her- und zugegangen ist. Dazu kommt dann noch die neue Warnow-Werft, eine mit allen neuzeitlichen Methoden und Techniken ausgestattete Schiffbauanlage großen Stils. Für die Entwicklung des Außenhandels der DDR, der von Jahr zu Jahr zunimmt, werden diese beiden Rostocker Baukomplexe von größter Bedeutung sein.

Unter den völlig neuen Städten der Republik nimmt Stalinstadt die erste Stelle ein. Wo es heute steht, war noch vor einem Jahrzehnt ertragloses, sandiges Steppenland mit mageren Kiefernbeständen, sonst nichts. Inzwischen ist hart an der polnischen Grenze, unweit des Oder-Spree-Kanals, ein modernes Hüttenwerk (mit Eisenerz vor allem aus der Sowjetunion) und in der Nähe eine ganz neue Stadt von bereits 23 000 Einwohnern herangewachsen, die in fünf Jahren an die 50 000 Bewohner zählen wird — nebenbei: die kinderreichste und zugleich wohl die jugendlichste Stadt der DDR, beträgt doch das Durchschnittsalter der Bevölkerung nur etwas über 27 Jahre. Ein Stahl- und ein Walzwerk werden das Hüttenwerk mit seinen sechs Hochöfen zu einem Eisenkombinat ergänzen, das beim Aufbau der Schwerindustrie eine erste Rolle zu spielen berufen ist. Man spürt hier förmlich den Atem der neuen Zeit; nur zu begreiflich, daß die Menschen von Stalinstadt auf ihre sozialistische Stadt mächtig stolz sind und mit Freude an ihrem Ausbau und an der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgabe mitarbeiten.

Vom Leben des Volkes

Die harte Notwendigkeit, der DDR zuerst einmal eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage und vor allem eine leistungskräftige Schwer- und Metallindustrie zu geben, drängte im ersten Jahrzehnt des jungen Staatswesens und noch darüber hinaus die Produktion von Verbrauchsgütern oft fast unerträglich zurück. Der «goldene Westen» hatte es da, großzügig unterstützt von Amerika, unendlich leichter und lockte darum die armen Ostdeutschen nur allzusehr an. Das bessert sich nun aber von Jahr zu Jahr sichtbarer. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln ist heute zum Teil beträchtlich höher als 1955, bei verschiedenen Artikeln je Kopf auch bereits höher als in Westdeutschland, und trotz allen Mängeln in Erzeugung und Zuteilung — über die heftig geklagt wird — wird die Versorgung damit in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Besondere Anstrengungen werden in der Herstellung industrieller Verbrauchsgüter gemacht, bei denen der Pro-Kopf-Verbrauch unter dem Stand in Westdeutschland liegt. Die Wirtschaftsplaner hoffen, schon in anderthalb oder zwei Jahren hier wie bei den Nahrungsmitteln den Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik ein- oder überholen zu können. Auf jeden Fall steht die vermehrte Herstellung von Schuhen, Kleidern, Wäsche, von Uhren und Nähma-

schinen, von Kühlschränken und Waschmaschinen, von Motorrädern und Kleinautos, von Radio- und Fernsehempfängern ebenso weit vorn im Programm wie die erhöhte Einfuhr von Kakaopulver und Rohkaffee, von Reis und Südfrüchten.

Was die *Löhne* betrifft, so haben sie sich in den sozialistischen Industriezweigen von 1950 bis 1958 von 278 Mark auf 436 Mark erhöht, also um etwa 57 Prozent. Da in der gleichen Zeit die Arbeitswoche verkürzt und die Preise wiederholt gesenkt wurden, ist tatsächlich die Kaufkraft der Löhne seither auf mehr als das Doppelte gestiegen. Wirklich unzureichende Löhne, die nach Lage der Dinge zum Unterhalt einer Familie nicht genügen, wird man in der DDR selten antreffen, dagegen sehr häufig Löhne, die, auch wenn die Frau nicht mitverdient, eine sehr gehobene Lebenshaltung ermöglichen, besonders bei jungen Arbeitern. Löhne von 500, von 600, von 700 Mark und darüber im Monat habe ich immer wieder festgestellt. Facharbeiter verdienen in einer Reihe von Berufen bis 900 Mark im Monat, Ingenieure bis zu 2000 Mark. Sehr viele Familien können darum recht ansehnliche Beträge als Ersparnisse zurücklegen. Auf dem Land hat man womöglich noch mehr als in den Städten und Industriegebieten den Eindruck eines rasch steigenden Wohlstandes. Arbeitslosigkeit gibt es zudem schon längst nicht mehr, dafür aber eine Nachfrage nach Arbeitskräften, die nie zu befriedigen ist.

Aber man darf eben in der DDR (wie in den andern Ostländern) überhaupt nicht nur auf den normalen Geldlohn achten. Man muß immer auch einerseits die *Zulagen* berücksichtigen, die die Betriebe bei allen möglichen Gelegenheiten an ihr Personal ausrichten, und anderseits die *Minderausgaben*, die in der DDR die Werktätigen im Vergleich zu fast allen kapitalistischen Ländern haben. Obenan stehen die niedrigen Mieten; 45 bis 50 Mark im Monat für eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung mit Küche sind wohl die Regel in einem Neubau, und was die Altwohnungen betrifft, so kenne ich eine Familie, die für fünf Zimmer mit Küche, aber ohne Bad, im ersten Stock nicht mehr als 71 Mark im Monat bezahlt. Ferner: In den unzähligen Betriebskantinen gibt es ebenso billige wie ausreichende Mahlzeiten. Die Verkehrseinrichtungen — Eisen- und Straßenbahnen, Autobusse — haben mäßige Taxen. Ferienaufenthalte sind unglaublich wohlfeil; 30 Mark pro Person, alles inbegriffen, für 12 Tage sind in den Gewerkschaftsheimen die Regel. Besonders stark ins Gewicht fällt natürlich der ausgedehnte und kostenlose *Gesundheitsdienst*, der nicht zuletzt auch eine Fürsorge für Mütter und Kinder erlaubt, die bei uns in diesem Maße unbekannt ist. Ähnliches gilt von dem Wegfall sozusagen aller Ausgaben für die allgemeine und die berufliche *Ausbildung*, das Stipendienwesen ist, sofern die Eltern unvermögend sind, vorbildlich entwickelt und trägt wesentlich dazu bei, daß jeder begabte junge Mensch freien Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten und damit zu einer

befriedigenden, gehobenen Lebensstellung hat. Das ist etwas, was in unserer angeblich so freien Welt tatsächlich wie ein Märchen tönt . . .

Auch sonst tut die DDR viel für die Weckung und Befriedigung der sogenannten *Kulturbedürfnisse*. Bücher sind viel billiger als bei uns und werden darum auch massenhaft begehrt, so daß die Verlagsproduktion überhaupt nicht nachkommt. Theater gibt es verhältnismäßig mehr als in Westdeutschland; die Zahl der Theaterbesucher ist, bezogen auf je 1000 Einwohner, dreimal so groß wie in der Bundesrepublik, erklärlich vor allem durch die verbilligten Preise, die den organisierten Werktätigen gesichert sind. Von den Konzerten, Filmdarbietungen, den Radio- und Fernsehsendungen und ähnlichen Einrichtungen sei gar nicht erst gesprochen, so wenig wie von den Sportveranstaltungen. Das sind Selbstverständlichkeiten.

Alles in allem kann man sagen, daß sich die Lebenshaltung der DDR-Bevölkerung in den Jahren, da ich sie einigermaßen kenne, bedeutend gehoben hat und eine weitere Hebung innert weniger Jahre erwartet werden darf. Auf *diesem* Gebiet fallen die Gründe, die zu der großen Abwanderung nach dem Westen führen, immer mehr weg.

Sozialistischer Geist Die materiellen Grundlagen für eine sozialistische Ordnung sind in der DDR im vollen Aufbau begriffen. Wie steht es aber mit der *geistigen* Seite des Sozialismus? Erzeugt der wirtschaftliche Unterbau, dem marxistischen Dogma entsprechend, von selbst auch sozialistische Menschen, eine sozialistische Kultur?

Ich bin der letzte, der die Bedeutung des Gemeinschaftslebens und seiner Einrichtungen, insbesondere der wirtschaftlichen Einrichtungen, für die Sittlichkeit und das geistige Leben des Einzelmenschen verkennt würde. Kapitalistische Einrichtungen z. B., wenn sie einmal vorherrschen, zwingen zahllose Menschen, auch kapitalistisch zu denken und zu handeln, wollen sie nicht unter die Räder kommen oder vor schwere Konflikte gestellt werden. Aber der kapitalistische Geist ist trotzdem nicht erst durch die kapitalistischen Einrichtungen — etwa das Privateigentum an den Wirtschaftsmitteln — erzeugt worden, sondern umgekehrt sind die kapitalistischen Einrichtungen weithin erst durch wirtschaftliche Selbstsucht, Besitzgier und Gewinnstreben geschaffen worden. Darum hängt so unendlich viel davon ab, daß schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und erst recht beim Aufbau einer sozialistischen Ordnung sozialistischer Geist und Wille geweckt wird, der allein den gesellschaftlichen Einrichtungen Kraft und Dauer zu verleihen vermag.

Ist dieser Geist in der DDR ebenso im Aufblühen begriffen wie die sozialistischen Wirtschaftsformen und die neuen gesellschaftlichen Einrichtungen? Man müßte eine viel intimere Kenntnis des Alltagslebens in der DDR haben, um diese Frage zuverlässig beantworten zu

können. Was ich beobachten konnte, stimmt mich keineswegs optimistisch. Die Erziehung zum sozialistischen Denken und Wollen geht zum mindesten sehr langsam vor sich. In den Betrieben herrscht, wie ich mir sagen ließ, gar oft herzlich wenig sozialistischer Geist. Und Ähnliches gilt wohl von der Bevölkerung ganz allgemein. Die Leute wollen zunächst einfach besser leben. Im Westen suchen sie das bessere Leben innerhalb des Kapitalismus; im Osten erwarten sie es vom Sozialismus, den sich noch viele nur mehr oder weniger überzeugt gefallen lassen, wenn sie ihn nicht überhaupt ablehnen. Die Studenten und Studentinnen z. B., so hört man klagen, nehmen die jahrelangen Stipendien recht gern an; wenn sie aber mit ihrer Ausbildung fertig seien, zeigten sie sich der neuen Ordnung gegenüber oft recht gleichgültig, wenn nicht feindselig, und wanderten bei der ersten Gelegenheit nach dem Westen ab.

Es wächst freilich auch eine Jugend heran, die «im Geiste des Sozialismus» erzogen wird. Aber dieser Sozialismus gründet sich eben sehr bewußt auf eine ausgesprochen materialistisch-atheistische Lebens- und Weltanschauung, auf diejenige Lebens- und Weltanschauung also, die auch dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde liegt. Wie soll da eine *neue* Ordnung aufgebaut werden können, wenn man einfach die geistigen Grundlagen der *alten* Ordnungen übernimmt? Der schwere Irrtum des religionsfeindlichen Marxismus und Leninismus, namentlich seiner planmäßigen, staatlich geförderten Christentumsfeindschaft, liegt für mich offen zutage. Nicht daß ich für das konservative, ja gegenrevolutionäre Bürgerchristentum, wie es gerade auch in der DDR vorherrscht, irgend etwas übrig hätte; das Gegenteil ist ja der Fall. Aber man schüttet eben das Kind mit dem Bade aus, wenn man wegen des Mißbrauches, der mit dem Christentum getrieben wird, den christlichen Glauben selbst als im Grund reaktionär und sozialismusfeindlich bekämpft. Und ich fürchte, dieser Fehler werde sich immer deutlicher rächen, lebt doch der Sozialismus mit dem Besten, was er hat und ist, von den großen Wahrheiten des christlichen und jüdischen Glaubens, die Kräfte des freien Willens zu einer Ordnung der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und des Friedens zu entbinden vermögen wie keine andere Welt- und Lebensanschauung. Der Monopolanspruch des materialistischen Marxismus-Leninismus, der eine andere Begründung des Sozialismus höchstens mißtrauisch duldet, wird sich so, anstatt eine Quelle der Kraft zu sein, mehr und mehr als eine Ursache innerer Schwäche und Zersetzung erweisen.

Diktatur und Demokratie Für die gewaltigen Kräfte der Freiwilligkeit, die aus einem echten religiösen Glauben erwachsen, bietet natürlich diktatorischer Zwang von oben keinerlei Ersatz. Autoritärer Sozialismus hat in diesen revolutionären Zeiten gewiß sein relatives Recht. Wie hätte in Ostdeutschland die nach dem Zweiten Weltkrieg fällige Umwälzung durchgeführt werden

können, wenn zuerst Wahlen zu einer Volksvertretung, Expertenberatungen, Parlamentsverhandlungen und womöglich Volksabstimmungen vorgenommen worden wären, die alle Mächte des Widerstandes wacherufen und entfesselt hätten? Es wäre gegangen wie bei der ersten deutschen «Revolution» Anno 1918/19, wo sich die Gegenrevolution in aller Muße sammeln und zum Handeln vorbereiten konnte, während Sozialisierungskommissionen und parlamentarische Palaver die beste Zeit zur Schaffung einer sozialistischen Ordnung untätig verstreichen ließen. In dem ungeheuren Durcheinander, das nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches herrschte, konnte in Ostdeutschland, wo überdies keine revolutionär-sozialistische Volksbewegung — wie etwa in Jugoslawien, China oder Kuba — Bahnbrecher- und Erziehungsarbeit geleistet hatte, etwas wirklich Neues nur aufgebaut werden, wenn ein klarer, fester Wille von «oben» den Weg zeigte und erzwang. Das muß man ehrlicherweise einfach zugeben.

Aber dieser autoritäre Weg konnte und kann, wie überall, so auch in der DDR nur gerechtfertigt werden unter zwei Bedingungen. Erstens durfte sich die Revolution nur Ziele setzen, die einer unabsehbaren Notwendigkeit entsprachen und für die eine Volksmehrheit zu gewinnen war: Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken, Versicherungen und dergleichen, Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform, umfassende Gesundheits- und Sozialdienste usw. Die unnötigen, doktrinär gedachten Neuerungen, die darüber hinaus auch durchgeführt wurden — in Gewerbe und Handel, in der Landwirtschaftspolitik, in der Schul- und Religionspolitik, in der Organisierung der industriellen Arbeit usw. — stießen Millionen von Menschen hart vor den Kopf und entfremdeten dem jungen Staatswesen zahllose Menschen, die durchaus für den Sozialismus zu gewinnen gewesen wären.

Zweitens mußten auch die zur Erreichung der sozialistischen Ziele angewandten Zwangsmittel auf das Nötigste beschränkt werden und mußte der aufrichtige Wille da sein, so rasch wie möglich über die Diktaturperiode hinauszukommen und eine echte sozialistische Demokratie, mit weitestgehender Selbstbestimmung des Volkes, aufzurichten. Denn Diktatur ist eben grundsätzlich mit Menschenrecht, sittlicher Freiheit und Würde, also auch mit dem Grundwesen des Sozialismus, unvereinbar und entwickelt aus sich selbst heraus auf die Dauer schwere Schäden aller Art. Man stellt sie auch in der DDR fest: Willkür, Parteibüffelei, geistige Gleichschaltung, Überbürokratie, Angeberei, Unredlichkeit, Streberum und Heuchelei, Günstlingswirtschaft und dergleichen — ich brauche darauf nicht weiter zu bestehen. Jede obrigkeitliche Beschränkung oder Unterdrückung der freien Meinungsäußerung steht eben immer vor dem bekannten Zwiespalt: Entweder ist die unterdrückte Meinung ganz oder teilweise richtig — dann durfte sie eben *nicht* unterdrückt werden; oder sie ist ganz oder

teilweise falsch — dann ist der Schaden, den die gewaltsame Unterdrückung des Irrtums und die gewaltsame Durchsetzung der Wahrheit verursacht, viel größer als ihr Nutzen. Das überzeugendste Beispiel für die verhängnisvolle Wirkung staatlicher «Wahrheitsförderung» ist ja die gewaltsame Verbreitung und «Sicherung» des Christentums von Konstantin an über Inquisition, Reformation und Gegenreformation bis zu einer gewissen Heidenmission des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Folgen obrigkeitlicher Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung und Sicherung des Sozialismus sind auf jeden Fall auch in der DDR sehr ungut; man kann sie geradezu an den hohen Zahlen der «Republikflucht» ablesen, aber auch an dem Widerstand ermessen, den noch so berechtigte Sozialisierungsaktionen finden. Und da dieser Widerstand, diese Flucht in den Westen nur zu gern mit neuen Zwangsmaßnahmen bekämpft werden, so bildet sich hier ein Fehlerkreis, der einfach irgend einmal — und je eher, desto besser — durchbrochen werden muß. Der Abbau des Diktatur- und Zwangsregimes, wenn es sich einmal eingelebt hat, ist gewiß nicht leicht und mit Gefahren verbunden, die durchaus ernst zu nehmen sind. Aber die Gefahren seines Fortbestandes sind unzweifelhaft noch größer und wachsen von Tag zu Tag weiter an. Mehr Geistesfreiheit und größere persönliche Bewegungsfreiheit, besonders auch für Reisen in den Westen, scheinen mir darum die ersten Notwendigkeiten zu sein, die auf diesem Gebiet an die Führung der DDR herangetreten sind. Dies um so mehr, als eine Lockerung des autoritären Zwanges nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist in dem Maße, da die Mehrheit der Bevölkerung das neue Regime bejaht. Und ich glaube, daß eine nicht geringe Mehrheit des Volkes der DDR den heutigen Staat bejaht, besonders der Großteil der Arbeiter, der Techniker und der Jugendlichen, mehr und mehr aber auch die Bauernschaft und der gewerbliche Mittelstand, die das Regime der DDR ebenfalls nicht mehr mit demjenigen der westdeutschen Bundesrepublik vertauschen würden. Sie sehen immer mehr, was ihr Staat ihnen an Wertvollem bietet, und den verantwortlichen Trägern dieses Staates kann man darum kaum etwas Besseres wünschen, als daß sie *mehr Vertrauen in die werbende Kraft ihrer Sache* gewinnen und weniger auf die abschreckende Wirkung obrigkeitlicher Verbote und Zwangsmaßnahmen trauen.

Immer wieder muß aber auch gesagt werden, daß der Westen — vor allem die Bundesrepublik, aber auch die übrige «freie Welt» — am wirksamsten zu einer fortschreitenden politischen Demokratisierung des ostdeutschen Staatswesens beitragen könnten, wenn sie sich endlich mit seinem Dasein abfänden und auf seine Bekämpfung und Unterwöhlung verzichteten. Sie hätten dazu um so mehr Anlaß, als diejenige Demokratie, die sie haben und meinen, weithin nur versteckte Diktatur ist — politische wie auch wirtschaftliche Diktatur des großen Kapitals, der Militärmächte und der mit ihnen verbündeten Kir-

chen. Solange die Befehdung der DDR durch diese Kräfte andauert, bleibt uns darum nichts anderes übrig, als grundsätzlich fest zur ostdeutschen Republik zu stehen, als der Trägerin derjenigen gesellschaftlichen Ordnung, die wir in geläuterter Form auch Westdeutschland und uns selber wünschen.

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

Julius Rößle: «Von Bengel bis Blumhardt.» Gestalten und Bilder aus der Geschichte des schwäbischen Pietismus. Verlag Ernst Franz, Metzingen (Württemberg).

Innerhalb des gesamtdeutschen Pietismus nimmt sein schwäbischer Zweig eine besondere Stellung ein. Nicht nur ist im Württembergischen der Pietismus im 18. und 19. Jahrhundert eine eigentliche Volksbewegung gewesen; er trug außerdem und trägt in gewissem Sinn auch heute noch besondere, dem Volkscharakter entsprechende Züge, unter denen eine allem Schwärmerischen abholde Nüchternheit und Sachlichkeit, oft verbunden freilich mit einem ausgesprochenen Hang zum Grübeln, nicht der schwächste ist. Rößle vereinigt in dem hier angezeigten Buch eine Fülle von Gestalten aus der Geschichte des schwäbischen Pietismus, die uns einen lebendigen Begriff von dem Reichtum und der Mächtigkeit der gern etwas über die Achsel angesehenen Welt der «Stundenleute» gibt. Wir finden hier nicht nur die allbekannten Gottesmänner wie Bengel und Ottinger, Flattich und Hiller, Philipp Matthäus und Johann Michael Hahn, sondern auch heute weniger genannte Prediger, Erwecker und Erweckte wie die beiden Rieger und die beiden Hofacker, J. J. Moser und Albert Knapp, Chr. G. Barth, Samuel Hebich und ein Dutzend oder mehr andere «Schwabenväter» und -mütter.

Welch tiefe Frömmigkeit, welcher Lebensernst, welch entschlossener Wille, Gott zu gehorchen und zu vertrauen, strahlt uns aus diesen Menschenbildern entgegen! Was für ein Gegensatz zum modernen Weltwesen, mitsamt seinem verweltlichten Christentum, tut sich hier auf! Die Schwächen des Pietismus, auch in seiner schwäbischen Ausprägung (die noch heute da ist), seien keineswegs verkannt: seine Engigkeit, seine Buchstabengläubigkeit und Wortfüftelei, sein Trachten vor allem nach der persönlichen Seelenrettung, das an die gewaltigen Gemeinschaftsaufgaben der Zeit kaum herankommt oder ihnen in einer konservativ-konformistischen und patriotischen Haltung gegenübersteht. Aber vergessen wir doch auch nicht, daß Blumhardt Vater und Sohn kaum denkbar wären ohne die pietistische Bewegung, weshalb es vollauf gerechtfertigt ist, daß Rößle seine Darstellung mit einem Lebensbild des älteren Blumhardt schließt, der «ganzen Ernst machte mit dem Glauben und den Kräften, die eben doch das Wesen des Urchristentums ausmachen», und seinerseits den Weg seines Sohnes in die Weite der sozialen und politischen Welt vorbereitet hat. Das Buch sei all denen ans Herz gelegt, die nach Zeugnissen eines lebendigen, tätigen Christenglaubens suchen.

H. K.